Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 4

Artikel: Die Roten und die Grünen : zwei Beiträge aus der Diskussion in der SPD

Autor: Strasser, Johano / Glotz, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340241

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Staates oder einer Nation bezogen, ist Nationalsolidarität. Wahre Solidarität empfindet man entweder gegenüber allen Menschen oder überhaupt nicht. Dies gilt für das Verhältnis der gesellschaftlichen Gruppen, der Arbeitnehmer und Unternehmer, der verschiedenen Staaten und Gesellschaftssysteme. Wenn Solidarität als das Gegenteil von Bemächtigung und Unterwerfung verstanden wird, dann führt ein derart erweiterter Begriff auch zur Solidarität mit der Natur. Schon der Gedanke an zukünftige Generationen, an unsere Kinder und Kindeskinder, lässt den Wunsch entstehen, ihnen die Erde lebenswert zu erhalten.

Johano Strasser und Peter Glotz

Die Roten und die Grünen

Zwei Beiträge aus der Diskussion in der SPD

Die Märznummer der Zeitschrift für Literatur und Politik, L'80, ist dem «rot-grünen Illusionstheater» gewidmet. Lauft dem rot-grünen Bündnis die Zeit davon, fragt Johano Strasser, und Peter Glotz erlaubt sich mit «berserkerhafter Fussnote zur 17. Auflage der vernünftigsten deutschen Koalitionsphilosophie» zu antworten. Beide Beiträge sind wichtig für die rot-grüne Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie sowohl in der BRD als auch in Österreich und in der Schweiz.

Johano Strasser

Nun haben wir es also geschafft. Das ominöse Jahr 1984 liegt hinter uns, und siehe da: alles geht weiter wie bisher – business as usual. Wir heben den Kopf, stellen die Lauscher auf, wittern Morgenluft. Weit und breit keine Katastrophe in Sicht, von Panik keine Spur, blamiert sind die wandernden Apokalyptiker, die uns weismachen wollten, Orwells düstere Vision erfülle sich, werde gar noch übertroffen in unserer Gegenwart-West. (Dabei wäre ein mutiges Wort in Richtung Osten wirklich angebracht gewesen!) Nichts von alledem ist eingetreten, was uns mit lodernden Zungen geweissagt wurde. Der dritte Weltkrieg ist nicht ausgebrochen – trotz Aufstellung von Pershing-II-Raketen, das Ökosystem ist nicht zusammengebrochen, und wer vom Überwachungsstaat faselt, der soll doch einmal in die Sowjetunion reisen, wo seit sechzig Jahren 1984 ist, damit er wieder differenziert urteilen lernt.

Ja doch, ja! Auch mir geht der ständige Ablasshandel mit Untergangsvisionen auf die Nerven. Auch ich kann die billige Empörung über Hochrüstung und Umweltzerstörung, über Arbeitslosigkeit und Sozialabbau manchmal nur noch schwer ertragen. Und die ständigen Solidaritätsbezeugungen übersteigen längst meine Kräfte. Was soll ich denn noch alles unterschreiben, wofür denn jetzt schon wieder spenden? Die Dritte Welt? Wieviel Länder gibt es, in denen das Volk hungert, in denen unterdrückt, gefoltert und von Staats wegen gemordet wird? Fünfzig? Hundert? Mehr? Und immer soll ich solidarisch sein. Warum eigentlich ich?

Das Elend ermüdet den Beschauer, je länger es dauert, um so mehr. Wem die Flammenschrift Abend für Abend auf der Mattscheibe erscheint, den schreckt sie nicht mehr. Die Krise fängt an, langweilig zu werden, und damit sinkt auch der Unterhaltungswert all derer, die sich mit ihr analytischer, prognostischer oder therapeutischer Absicht befassen. Gewiss, für die Mutter, deren Säugling an Pseudekrupp stirbt, für den Rentner, der sein Gärtchen am Rande der Giftmülldeponie bestellt, für die zweieinhalb Millionen registrierten und die vielen nicht erfassten Arbeitslosen bleibt die Krise real. Aber sie sind eine Minderheit. Für die Mehrheit ist die Krise ein Thema, keine Erfahrung. Wenn die Krise sie zu langweilen beginnt, wechseln sie das Thema.

Genau hier liegt die Chance für jene unsäglichen Frohnaturen, die bei einem Schoppen pfälzischen Weines die Krise aussitzen oder in dynamischeren Momenten einfach zu einem neuen Wirtschaftswunder durchstarten wollen, koste es, was es wolle. Solange der Leidensdruck nur für eine kleine Minderheit unerträglich ist, und das kann so lange so bleiben, bis die Katastrophe nicht mehr abzuwenden ist, kann die in einigen Umfrageergebnissen aufscheinende Bereitschaft der Bevölkerung zu einer politisch-sozialen Kursänderung jederzeit wieder zerfallen, kann das Wissen um die bedrohlichen Zusammenhänge erfolgreich verdrängt werden.

Und dann geht es erst recht gegen die Künder des Unheils statt gegen das Unheil selbst, dann wird mit aggressiv vorgeschobenem Kinn positives Denken eingefordert, dann will man nichts mehr hören von drohenden Gefahren, dann werden die Ohren verstopft und die Ärmel aufgekrempelt, um dort weiterzumachen, wo wir aufhören, umlenken müssten, dann ist allein das Weitermachen positiv und Kritik daran negativ und zersetzend.

Irre ich mich, wenn ich eine solche Entwicklung sich anbahnen sehe? Hat es wirklich nichts zu bedeuten, wenn Intellektuelle und sogenannte Multiplikatoren in grösserer Zahl genervt abwinken, wenn von der Gefahr der Atomrüstung, von sozialen und ökologischen Problemen die Rede ist? «Ich kann das Wort ‹Arbeitslose› nicht mehr hören. Haben Sie nicht was Lustigeres?» Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Rüstungseskalation, Hunger in der Dritten Welt – wer als Schriftsteller auch darüber redet, den zählt ein forscher Feuilletonchef (wohlgemerkt: kein konservativer!) verächtlich unter die «Peinsäcke der Nation». Wir sollten solche Signale nicht unterschätzen. Von Stimmungen und Stimmungsumschwüngen verstehen diese Leute etwas. Wenn sie ihr Mäntelchen in den Wind hängen, dann ist es zumeist einer.

Die Wahrheit ist: Der Schwung der ‹neuen sozialen Bewegungen›, der Ökologie-, der Alternativ-, der Friedens- und der Frauenbewegung, lässt nach, hat nachgelassen. Nie und nimmer wird der Druck der Basis allein eine Kursänderung in der Politik erzwingen. Und die Vermittler, die Transporteure des Drucks in den Medien, die berühmten Multiplikatoren – sie beginnen sich zu langweilen, schlaffen ab, sind des ewigen Krisengeredes müde, wollen Taten sehen oder die Sache ist für sie gestorben. Taten, das waren bis vor kurzem noch Bürgerinitiativen und machtvolle Demonstrationen, Resolutionen mit bekannten Namen darunter, Bauplatz- und Hausbesetzungen, Sitzstreiks vor Kasernen und Menschenketten. All das ist gefilmt, dokumentiert, beschrieben, kommentiert. Jetzt muss etwas anderes kommen oder man wechselt das Thema.

Mobilisierungen lassen sich nicht auf Dauer stellen, nicht einmal, wenn die Multiplikatoren mehr Ausdauer beweisen. Sie unterliegen Konjunkturen, haben ihre Zeit, auch wenn die Probleme, die sie erzeugten, weiter bestehen, sogar objektiv an Bedeutung gewinnen. Wenn die politischen Erfolge ausbleiben, zerbröselt nicht selten sogar der sozialpädagogische Gewinn an politischem Bewusstsein und allgemeiner politischer Handlungsbereitschaft. Resignation macht sich breit, Desinteresse kehrt zurück und wird verstärkt durch die Umorientierung all jener, die sich auf die Woge des Protests schwangen, weil es Mode war oder weil sie glaubten, auf ihr zu persönlichem Erfolg reiten zu können. Davon profitieren die Aussitzer, die Weitermacher: Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.

Wenn das die Lage ist, muss jetzt Politik gemacht werden, und zwar in den in unserer Gesellschaft dafür vorgesehenen Institutionen (wo denn sonst?), damit eine praktische Alternative zum Weitermachen und Durchstarten sichtbar wird, eine Alternative, die die vielen Gutwilligen bei der Stange hält und den absprungbereiten Intellektuellen und Multiplikatoren, die von Kritik und Protest nichts mehr hören wollen, etwas zu beissen gibt. Hier lag, hier liegt die grosse Bedeutung des rot-grünen Bündnisses in Hessen. Ein Programm Arbeit und Umwelt, ein beachtliches Bildungsurlaubsgesetz, Förderung alternativer Projekte in bisher nicht dagewesenem Umfang, eine ökologisch vernünftige Neuorganisation der Müllverwertung und -beseitigung, deutliche Kontrapunkte in der Ausländerpolitik, der proklamierte, allmähliche Ausstieg aus der Kernenergie, Radwege statt neuer Autobahnen – das sind erste, kleine Schritte auf dem richtigen Weg, vielen, auch mir, noch zu zaghaft, aber unerlässlich, um die latente Bereitschaft der Bevölkerung zur Kurskorrektur mit anschaulichen Beispielen für die Machbarkeit ihrer Hoffnungen zu nähren und so das grosse Abschlaffen, die Resignation, die Verdrängung des gewonnenen Problembewusstseins und damit einen schweren politischen Rückschlag zu verhindern.

Um so verheerender, dass ein nicht unerheblicher Teil derjenigen, die die praktische Umorientierung der Politik jetzt einleiten müssten, Politik wieder einmal mit dem «Theater der Identitätssuche» (McLuhan) verwechselt, mit der grossen Geste des Mahners, des unbestechlichen Anklägers, dessen, der immer schon gesagt hat, dass es so kommen musste, wie es kommt.

Was bei den Grünen Fundamentalismus genannt wird, ist mehr als alles andere eine Instrumentalisierung der Politik für die Zwecke der Ichfindung, ein sich politisch gebender Ästhetizismus, der auf der Vorstellung beruht, die Welt, dieses ökologische Jammertal, sei letztlich nichts anderes als Anlass, Gleichnis, Material für die Suche nach der eigenen Identität. Die eigene, die grüne Identität – darum geht es den Fundamentalisten vor allem, und wenn die Welt darüber zugrunde geht (was sie trotz allem vermutlich nicht tun wird), so bleibt doch die Genugtuung, dass man sich

an ihr die Hände nicht schmutzig gemacht hat.
Dagegen machen seit einiger Zeit die sogenannten Realpolitiker bei den Grünen Front. Sie scheinen begriffen zu haben, dass zu einer politischen Alternative nicht nur Konzepte, Programme, Gesetzesentwürfe, sondern auch eine plausible Alternative der Machtausübung gehört. Und die kann nach Lage der Dinge heute nur in einem rot-grünen Bündnis bestehen. (Ökolibertäre Träume von einer grün-schwarzen Koalition à la Hoplitschek stehen auf absehbare Zeit nicht ernsthaft zur Debatte.) Ein solches Bündnis muss vorbereitet werden. Es ist unwahrscheinlich, dass die Chance dazu am Wahlabend 1987 vom Himmel fällt, weil es unwahrscheinlich ist, dass die Bundesdeutschen eine rot-grüne Mehrheit in den Bundestag wählen, wenn diese nicht zuvor ihre Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln plausibel gemacht hat. In Berlin wird sich dies bereits am 10. März dieses Jahres zeigen. Ich behaupte, dass es sich für das Abschneiden der SPD wie der Alternativen Liste negativ auswirken wird, dass sie sich, vor allem auch um der eigenen Identität willen, so jüngferlich voneinander abgegrenzt und damit sich selbst und den Wählern gewissermassen ihre Regierungsunfähigkeit bescheinigt haben.
Auch jenes Grüppchen von linken Dogmatikern, die sich mit den ökologischen Fundamentalisten verbündet haben, um den grünen Realpolitikern den Weg zur Machtbeteiligung zu versperren und die jetzt mögliche Ansätze rot-grüner Politik zu verhindern, werden ihre Rechnung nicht aufgehen sehen. Die Zuspitzung der Krise, der ökologischen, der sozialen, wird nach allen Erfahrungen, die wir damit in Deutschland gemacht haben, nicht den auf Veränderung drängenden Kräften zugute kommen. Der Traum von der grossen spontanen Massenaktion, die das Bestehende hinwegfegt und eine neue Ordnung einfach hinstellt, ist für den, der sich einen solchen Prozess in seiner blinden Gewalttätigkeit konkret vorstellt, nicht einmal eine sympathische Illusion. Eine Illusion aber ist sie allemal.

Bleibt die heimliche Hoffnung auf die Grosse Koalition. Sie wäre für die Fundamentalisten und ihre Verbündeten in mancher Hinsicht allerdings das Ei des Kolumbus. Alle Integrationsprobleme wären auf einen Schlag verflogen, die peinigenden Identitätsprobleme gelöst. Sinnfällig würde demonstriert, was viele Grüne seit je behaupten, dass zwischen den ‹etablierten Parteien› kein Unterschied bestehe. Endlich erhielten die Grünen, worauf viele unter ihnen seit langem Anspruch erheben: das Monopol auf Opposition. Die Grünen gegen den Rest der Welt! Am leichtesten definiert sich die eigene Identität als Nicht-Identität.
Wenn jemand in diesem Land die Grosse Koalition wirklich braucht, dann jenes Bündnis aus ökologischen Fundamentalisten und Linksdogmatikern, das auf dem Hamburger Parteitag der Grünen Ende letzten Jahres so spektakulär in Erscheinung trat. Nur die Grosse Koalition könnte verhindern, dass sich über kurz oder lang die Realpolitiker bei den Grünen durchsetzen. Daran sollten diejenigen Sozialdemokraten und Gewerkschafter denken, die mit dieser politischen Möglichkeit kokettieren, und daran, was es für unsere politische Kultur und die längerfristigen politischen Handlungsmöglichkeiten bedeutete, wenn ein übermächtiges Bündnis aus SPD plus Gewerkschaften auf der einen und CDU/CSU und Arbeitgebern auf der anderen Seite bei dem zu erwartenden Wegfall der FDP einer von Fundamentalisten und linken Dogmatikern dominierten grünen Opposition gegenüberstünde. So stabil ist die deutsche Demokratie nicht, dass man ihr derartige Belastungen leichtfertig zumuten dürfte. Und ob sie eine zweite Welle von Terrorismus aushielte, die beim Fehlen jeglicher konstruktiver Opposition über uns hereinbrechen könnte, ist zweifelhaft.
Eine Grosse Koalition zum jetzigen Zeitpunkt, das kann nur eines bedeuten: forciertes Durchstarten. Die Illusionisten beider Lager würden sich unter der Losung von der «Modernisierung der Volkswirtschaft» versammeln, um die Bundesrepublik gnadenlos zu verkabeln und sie mit unsinnigen Schnellbahntrassen und Magnetbahnen zu durchziehen, um die schon jetzt vorhandenen weltweiten Überkapazitäten in der Elektronikbranche um einen kräftigen bundesrepublikanischen Anteil zu erhöhen, um – sozial abgefedert, versteht sich – zu rationalisieren und zu automatisieren, um der eigenen Wirtschaft eine beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt zu sichern, damit es weiter aufwärts geht mit dem Bruttosozialprodukt, mit den Profiten der grossen «fortschrittlichen» Kapitalien und natürlich mit den Einkommen der Arbeiter und Angestellten, die in der Fortschrittsindustrie einen Arbeitsplatz gefunden haben. Zweifellos würde das Durchstarten Opfer fordern, Konflikte erzeugen, aber eine Grosse Koalition hätte die Unzufriedenheit der sozialen dropouts, den Widerstand von Bürgerinitiativen, hätte Demonstrationen und Appelle nicht zu fürchten. Sie könnte sich stets auf die grosse Mehrheit berufen, die sie repräsentiert. Schliesslich geht es ja um deutsche Weltgeltung. Dafür kann man einiges an Opfern verlangen, Opfer und Disziplin. Ich fürchte, das ergäbe sogar eine populäre Politik,

für einige Zeit jedenfalls, vielleicht für lange. Und wer garantiert uns, dass danach etwas Besseres käme?
Wenn die Fundamentalisten und ihre Verbündeten sich auf das Feld der Taktik begeben, was sie bei aller grundsätzlichen Grundsätzlichkeit dennoch gelegentlich tun, dann hört man oft das Argument, nur durch die Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit «dem System» im allgemeinen und mit den «etablierten Parteien» im besonderen und durch die dann unausweichlich folgende Grosse Koalition könnten die Grünen so stark werden, wie sie es sein müssten, um die ökologische Wende (irgendwie, jedenfalls wohl kaum auf parlamentarischen Wegen) herbeizuführen. Von zwanzig, dreissig und mehr Prozent der Wählerstimmen wird da geträumt, vom endgültigen Zerfall der SPD, aus deren Konkursmasse sich die Grünen dann nach Belieben bedienen könnten, von massenhafter Verweigerung, Erdrutschwahlen – eine ganze Lostrommel mit lauter Hauptgewinnen. Ich will nicht ausschliessen, dass, käme es zu einer Grossen Koalition, die Grünen hiervon bei Wahlen profitieren würden. Aber vor allem wäre dies Wasser auf die Mühlen der Fundamentalisten und ihrer Verbündeten, und die würden, wenn sie bei den Grünen die Oberhand gewännen, schon dafür sorgen, dass die Zuwächse an Wählerstimmen sich in Grenzen halten. Also geht auch diese Rechnung neunmalkluger Taktiker nicht auf.
Viel wahrscheinlicher ist eine Entwicklung: Wenn die Grünen sich auf den abenteuerlichen Kurs der Fundamentalisten und ihrer taktischen Verbündeten begeben und damit die Möglichkeit rot-grüner Reformpolitik ausscheidet, muss damit gerechnet werden, dass die gegenwärtige Regierung mangels plausibler Alternativen bis weit in die 90er Jahre am Ruder bleibt oder die CDU/CSU bei Wegfall der FDP die absolute Mehrheit erhält, was es in dieser Republik ja schon einmal gegeben hat; und so gewaltig haben sich die Wählerpräferenzen seitdem nicht verschoben, dass eine Wiederholung undenkbar wäre. Wenn das Notwendige nicht getan werden kann, weil die, die es tun müssten, sich nicht zusammenraufen, dann wächst in aller Regel das Bedürfnis nach Ablenkung von den Problemen, nach der Inszenierung pompöser Scheinlösungen, nach illusionärer Grösse; dann können sechs zusätzliche Fernsehprogramme wichtiger werden als ein Programm zur Sanierung der Umwelt; dann kann der Traum vom deutschen Silicon Valley (am besten jeweils gleich um die Ecke) Armut und Massenarbeitslosigkeit vergessen lassen; dann kann man mit markigen Reden in Richtung Osten die eigene Angst vor dem Rüstungswahn und die letzten warnenden Stimmen übertönen.

An welchem Punkt der Entwicklung stehen wir? Nach der Wende oder möglicherweise noch davor? Ich glaube, dass es höchste Zeit ist, von der Analyse der Gefahren, vom Protest und von der Bewusstseinsbildung zum praktischen politischen Handeln überzugehen, wenn wir die grosse, die wirkliche Wende nach rechts verhindern wollen. Noch ist die Situation vergleichsweise offen. Wie lange noch? Dass die Grünen zur Partei wurden, sich erfolgreich an den Wahlen auf allen Ebenen beteiligten, war folgerichtig. Jetzt muss der nächste Schritt gemacht werden: vom Parlament als Bühne der Agitation in die praktische politische Verantwortung. Und der Schritt muss schnell erfolgen, weil dem rot-grünen Bündnis die Zeit davonläuft und mit ihr die nicht direkt, die nur thematisch Betroffenen, wenn es jetzt beim Anklagen, beim Rechthaben bleibt. Über die Rechthaber geht die politische Entwicklung mit einem Achselzucken hinweg.
Auf dem Hamburger Parteitag der Grünen, sagen die klarsichtigen Kommentatoren, haben die Realpolitiker einen Punktsieg errungen. Das ist richtig. Der Kompromiss, der zustande kam, nachdem die Fundamentalisten und ihre Verbündeten begriffen hatten, dass mehr als ein Pyrrhussieg für sie nicht zu haben war, stärkt die Realpolitiker. Das angestrebte Verbot von Bündnissen mit der SPD wurde nicht durchgesetzt, der Bundesvorstand der Grünen darf sich künftig nicht in Bündnisfragen auf Länder- und Kommuneebene einmischen. Wahrscheinlich wird sich auch das leidige Thema «Rotation», wenn man sie erst einmal auch im Bundestag ausprobiert hat, im Sinne der Realpolitiker erledigen. Wenn die Zeit reichte, die Dinge sich entwickeln zu lassen, wenn man davon ausgehen könnte, dass die vergleichsweise offene politische Situation noch einige Jahre anhält, man brauchte vielleicht nicht pessimistisch zu sein.
Aber haben wir so viel Zeit? Wohin ich blicke, sehe ich Ungeduld sich ausbreiten. Aber es ist nicht revolutionäre Ungeduld, es ist die Ungeduld derer, die das Überraschende, das Neue, das Happening lieben, die sich leicht zu langweilen beginnen, wenn die Argumente sich wiederholen, weil die Probleme immer noch dieselben sind, die dazu neigen, die Frage «Was tun?» kurz abzuschneiden: Tut irgend etwas! Und wenn ihr es nicht tut, dann sollen es die andern tun. Jetzt, sehr bald, müssen Taten folgen, müssen positive Beispiele einer ökologisch-sozialen Reformpolitik gegeben werden, muss gezeigt werden (was ja zu zeigen ist!), dass es Wege gibt, die sozialen und die ökologischen Probleme zugleich anzupacken, dass attraktive Alterna-

tiven auf dem Feld der Energie- und Verkehrspolitik, der Wohnraumsanierung und der Landwirtschaft machbar sind, dass mehr und nicht weniger Demokratie und Selbstbestimmung der Menschen auch bei geringeren ökonomischen Wachstumsraten nötig und möglich sind. Was dazu an konkreten Konzepten bei SPD und Grünen abrufbar ist, reicht gleich für mehrere Legislaturperioden. Was jetzt fehlt, sind nicht mehr die politischen Inhalte, auf die ein rot-grünes Bündnis sich einigen könnte, sondern der erkennbare Wille zu diesem Bündnis. Das in Hessen in Ansätzen sichtbar gewordene rot-grüne Programm ist für viele, vielleicht sogar schon für eine Mehrheit, überzeugend. Aber ein Programm allein reicht nicht aus, um Mehrheiten zu gewinnen. Es gehört dazu eine für die Wähler plausible Alternative der Machtausübung. Die Bündnisfrage ist von den Inhalten einer künftigen Reformpolitik nicht zu trennen. SPD und Grüne kommen an ihr nicht vorbei, auch wenn sich die taktischen Überlegungen leicht nachvollziehen lassen, die auf beiden Seiten das Ausklammern dieser Frage nahelegen.

Mag sein, dass für die Mitglieder auch heute noch gilt, was Wolf-Dieter Narr in der Gründungsphase der Partei diagnostizierte: «Viele wollen endlich eine Partei, mit der man sich identifizieren kann: ihre Partei.» Wahrscheinlich haben aber auch die meisten Grünen zur eigenen Partei inzwischen ein distanzierteres, politischeres Verhältnis. Mit Sicherheit gilt dies für die grünen *Wähler*. Für die grosse Mehrheit der Wähler der Grünen – und erst recht natürlich der SPD – geht es im Wahlakt nicht, zumindest nicht vordringlich, um Identität, um das Bekenntnis zu dieser oder jenen politischen Richtung, um die Bekundung von Zugehörigkeit. Mit schöner Regelmässigkeit zeigen die Wähleranalysen der letzten Jahre, drei Viertel der Grünen und mehr als die Hälfte der SPD-Wähler wollen, wenn schon die absolute Mehrheit nicht realistisch erwartet werden kann, das rot-grüne Bündnis.

Sie wollen dieses Bündnis, obwohl sie wissen, dass sie dann von ihrer Position Abstriche machen müssen, dass Kompromisse ausgehandelt werden müssen, die keine Seite voll befriedigen können, dass völlige Übereinstimmung mit der Politik nicht erwartet werden kann. Sie suchen nicht nach einer Heimat, die eine politische Partei ja auch gar nicht bieten kann. Sie wollen vielmehr, dass ihre Wahlentscheidung praktische Folgen hat. Ihnen genügt es nicht, Recht zu haben, sie wollen, dass sich in der Realität ausserhalb ihrer Köpfe etwas verändert, und sie wollen, dass damit jetzt angefangen wird.

Es ist zu befürchten, dass viele, die jetzt noch die Grünen und die SPD wählen, in Zukunft den Wahlen fernbleiben oder sich umorientieren, wenn praktische Folgen ihrer Wahlentscheidung nicht absehbar sind, wenn nicht zumindest erkennbar ist, dass beide, die Grünen und die SPD, daraus praktische Konsequenzen ziehen wollen. Und da das, zumindest auf der Bundesebene, nur gemeinsam geht, heisst das: das rot-grüne Bündnis, gesellschaftlich und parlamentarisch, bewusst und für alle sichtbar ansteuern! Tun wir das nicht, wird uns nur übrigbleiben, wieder einmal eine Niederlage zu analysieren. Das würde den Rechthabern noch einmal Gelegenheit zu grossen Auftritten geben. Aber die Probleme, die ökologischen und die sozialen, bleiben dabei ungelöst – ausser vielleicht ein paar Problemchen mit der eigenen Identität. Obwohl auch das nicht ganz sicher ist.

Peter Glotz

1.

Wie eilig haben wir es wirklich? Johano Strasser glaubt, dass es höchste Zeit sei, «weil dem rot-grünen Bündnis die Zeit davonläuft». Er sehe Ungeduld sich ausbreiten: die Ungeduld derer, die sich zu langweilen beginnen, weil die Probleme immer noch dieselben sind; die Ungeduld derer, die das Neue und Überraschende lieben. Sicher, die politischen Feinschmecker drängen uns zur Eile, und noch mehr die platt Lüsternen unter den Journalisten, die die grosse Obszönität gar nicht abwarten können, denen zu anderen Themen gar keine Fragen mehr einfallen.

Höchste Zeit ist es darum noch lange nicht. Ich lobe mir da den trockenen Pragmatismus der Amerikaner: Die SPD sei in der nächsten Zeit wohl die interessantere Partei, sagte mir ein US-Diplomat, denn ein Mehrheitsverlust des regierenden Blocks bei der nächsten Wahl sei wahrscheinlich, und dann werde die SPD diejenige Partei sein, «die sich zu entscheiden» habe. Sein Unterton hatte mehrere Nuancen.

Oder ist es höchste Zeit, weil wir aus dem *jetstream* der neuen sozialen Bewegungen zu gleiten drohen? Ja, ich weiss, die Alternativbewegung stagniert, die Friedensbewegung bröckelt ab. Die Menschenketten werden löchrig. Die Diskussionen kehren zurück in die Wohnküchen oder vor die Kamine in den Wohnzimmern. Ich bedaure das. Aber es überrascht mich nicht, denn ich habe mich auch angesichts von Millionen-Kundgebungen, die wir als Partei nicht zusammengebracht hätten, nicht über den Unterschied von Partei und Bewegung getäuscht. Partei ist, was als politische Organisationsform auch noch hält, wenn die Bonner

Hofgartenwiese nur noch spärlich zu füllen ist.
Wir sollten uns einmal Gedanken machen über die Zyklen kollektiven Verhaltens in modernen Gesellschaften, die es ja ebenso gibt wie Zyklen der Konjunktur. Ich glaube nicht an Zyklen im Sinne gesetzmässiger Abläufe, aber ich glaube, dass man aus der phänomenologischen Betrachtung des Wechsels von Engagement und dem Rückzug ins Private einiges lernen kann. Albert O. Hirschmann hat (in seiner Studie «Engagement und Enttäuschen») solche Zyklen genau analysiert:
«Westliche Gesellschaften scheinen zu lang anhaltenden Perioden der Privatisierung verurteilt zu sein, während derer sie in einer Atrophie öffentlicher Sinngehalte veröden; darauf folgen dann erregte Anfälle von Öffentlichkeitsseligkeit, aus denen sich kaum etwas Konstruktives ergeben kann. Was ist angesichts solcher Auszehrung einerseits, der anschliessenden Anfälle andererseits zu tun? Wie lässt sich eine stetigere Weise des Befasstseins mit öffentlichen Angelegenheiten und auch eine authentische Feier des Gemeinwesens in unser Alltagsleben einbeziehen?»
Als Parteisekretär antworte ich darauf: Durch dauernde und dauernd gepflegte Organisationen, beispielsweise durch die SPD. Das haben die Bürgerinitiativ-Ideologen der Grünen, die auch in der SPD allerhand Proselyten hatten, übersehen.
Partei – jedenfalls die unsere – ist immer auch ein Stück Bewegung, und braucht Bewegungen. Aber der Tanker ist kein Surfbrett, für das man die Welle und den genau richtigen Zeitpunkt braucht. Und darum ist es auch gar nicht «höchste Zeit».

2.
Man muss warten können. Sicher gibt es historische Augenblicke, wie etwa 1969, in denen man – ein Mann: Willy Brandt – zupacken muss. Aber in der Politik kommen auf einen solchen Augenblick tausend andere, in denen man warten muss. Warten worauf?
Erstens darauf, dass der mögliche Partner wirklich aktionsfähig wird: nämlich koalitionsfähig. Hessen zeigt – ich sage es ohne Schadenfreude –, dass er es dort bis jetzt nicht ist. Es gibt Techniken des Parlamentarismus, es gibt Techniken der Macht, die man nicht ungestraft verletzt. Man kann nicht koalieren mit einem Partner, der sich nicht sicher ist, ob er es wirklich will, und ob er das gemeinsam Vereinbarte auch «machtmässig» durchsetzen will.
Um keinen Zweifel zu lassen: Ich wünsche mir, dass sich die Realpolitiker durchsetzen. Es wäre gut, wenn die Grünen zu den hessischen Vereinbarungen zurückkehrten. Aber das ist eine Sache der Grünen, die wir nur wenig beeinflussen können. Und: mein grösserer Respekt gilt Holger Börner dafür, wie er in Hessen den eigenen Laden zusammenhält und führt.
Zweitens. Abzuwarten sind einige grundsätzliche Klärungen bei den Grünen. «Was jetzt fehlt», schreibt Johano Strasser, «sind nicht mehr die politischen Inhalte, auf die ein rot-grünes Bündnis sich einigen könnte, sondern der erkennbare Wille zu diesem Bündnis.» Das könnte für Hessen gelten. Im Bund liegen die Dinge anders, weil da vieles nicht mehr nach hessischem Vorbild einfach ausgeklammert werden kann. Die Grünen sind gebeten, ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften zu klären, denn diese sind *für uns* weit wichtiger als die Frage der Regierung oder Opposition. Wir haben 13 Jahre mit einer gewerkschaftsfeindlichen Partei koaliert, aber eben darum sind unsere Nerven an dieser Stelle aufgerauht.
Und: Wir brauchen klarere Aussagen potentieller Koalitionspartner zu dem Projekt, das wir «ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft» nennen. Ihm liegt die Einsicht zugrunde, dass die Alternative zu Einsatz und Steuerung der neuen Technologien nicht eine sanfte Republik wäre, sondern der Weg in ein drittklassiges Industrieland, das im Schmutz veralteter Industrien sitzen bleiben würde. Dabei geht es nicht so sehr um die Übereinstimmung bei programmatischer Aussagen – auch unser Godesberger Programm enthält Punkte, die weder in die Verhandlungen für eine grosse noch für die sozialliberale Koalition seinerzeit hätten eingebracht werden können.

Sondern es geht darum, ob hernach für konkrete politische Entscheidungen – bei der Steuerung des Technologieeinsatzes und der Strukturpolitik hin auf den Vorrang umwelttechnischer und arbeitsfördernder Massnahmen; bei der Förderung des Wandels der Arbeit (wichtige Bezugspunkte gibt das neue Programm «Arbeit und Technik» der IG Metall) – ob da dann tatsächlich die Mehrheiten stehen. Oder aber ob es von Fall zu Fall eine endlose Quälerei gäbe mit Leuten, die die moderne Technik letztlich für Teufelszeug halten.

Denn wiederum: Eine Koalition setzt voraus, dass beide Partner willens und fähig sind, ein bestimmtes Sachprogramm durchzusetzen, und diese Durchsetzung während der Wahlperiode dann höher zu stellen als weltanschauliche Bedenken. Die Spannung mit der eigenen Programmatik muss jeder selbst aushalten – wir ja auch. Auch hier glaube ich, dass die Grünen sich zu solcher Einsicht hin entwickeln können. Aber wir können es ihnen nicht abnehmen.

Bleiben dann, drittens, noch die internationalen Machtfragen:

Die Reaktionen und die Sorgen des grossen Kapitals und der Verbündeten. Ich bin ja nun keiner, der gleich erschrickt, wenn Herr Kostolany auf geschlossenen Versammlungen für den Fall eines Heranrückens einer grün-roten Koalition die Transferierung aller Kapitalien nach Manhattan empfiehlt. Ich verliere auch nicht die Nerven, wenn mich ein renommierter Politik-Professor aus Amerika daran erinnert, wie in Italien der *compromesso storico* verhindert wurde: Durch die Entführung und Ermordung Aldo Moros.

Aber Tatsache bleibt doch die extreme Verletzlichkeit der Bundesrepublik Deutschland im internationalen wirtschaftlichen und politischen System. Eine Verletzlichkeit, die schon mit einer Kreditlinien-Attacke gegen eine grosse Bank - wie 1982 gegenüber der BfG -, die schon mit einer drastischen Abwertung des Dollar beginnen kann.

Wenn nun gar zutreffen sollte, was viele Linke behaupten - Strasser selbst beschreibt das eindringlich -, dass die ökologische und ökonomische Krise (von der Kriegsgefahr nicht zu reden) immer schlimmer wird: Wie stellt man sich eigentlich vor, dass eine solche Krise gegen den starken deutschen und internationalen Kapitalismus von einer 40-Prozent-Partei bewältigt werden kann, die ein unsicheres und in sich uneiniges Anhängsel wie die Grünen hat? Ist es wirklich wahrscheinlich, dass die konventionelle Linke zusammen mit Waltraud Schoppe einen nervös und gereizt gewordenen Kapitalismus besiegt?

Natürlich ist mit all dem nicht dagegen gesagt, dass in einzelnen Ländern (wie Hessen) durchaus vernünftige Beispiele sinnvoller rot-grüner Politik vorgeführt werden können - erst recht in vielen Kommunen. Bloss: 35 Millionen DM für alternative Betriebe oder das Anlegen von Radwegen sind das eine; das Berühren der Interessen des anlagefähigen internationalen Kapitals, dessen Mindestrendite nicht mehr national definiert wird, sondern von amerikanischen Zinsen und transnationalen Finanzmärkten bestimmt wird, ist etwas anderes. Seid nicht idyllisch, Genossen. Der Kapitalismus ist wirklich der Kapitalismus.

Rundheraus: Ein Regieren mit den Grünen in Bonn setzt nicht nur voraus, dass sie dazu willens sind, sondern auch, dass sie dazu fähig sind: in dem Sinn, dass man mit ihnen diesseits programmatischer Langfristziele eine praktische Politik vereinbaren kann, welche die Funktionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft einschliesslich ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht gefährdet und welche eine konstruktive Entspannungs- und Abrüstungspolitik nicht mit Forderungen nach einseitiger Abrüstung oder Neutralisierung belastet. Beides ist im Augenblick zweifelsfrei nicht möglich. Das muss nicht so bleiben. Aber mit der Koalitionsfrage haben wir abzuwarten, bis ein solches Fundament geschaffen ist.

3.
Abwarten heisst hier vor allem, sich um die Perspektiven der eigenen Partei zu kümmern: Nicht über Koalitionen reden, sondern über soziale Bündnisse, die die SPD selbst schaffen oder stärken muss. Daran zu arbeiten, dass die Partei sich in gesellschaftlichen Gruppen stärker verwurzelt. Das Erfolgsbündnis der Wahlsiege 1969 und 1972 kann eine Koalition der Arbeiterklasse mit dem aufgeklärten, zukunftsorientierten Bürgertum, das für die beiden grossen «Projekte» jener Zeit - Ostpolitik und innere Reformen - aufgeschlossen war. Auf keinem anderen Wege kann die SPD heute wieder stärkste Partei in Deutschland werden. Die «neuen sozialen Bewegungen» gehören hier dazu, wo immer es möglich ist. Aber eine Koalition der Minderheiten, die gegenüber einer breiten Majorität bleibt - das gegenwärtige Schicksal der amerikanischen Demokraten -, darf die SPD nicht anstreben.

Es ist eine Schlüsselfrage für die Mehrheitsfähigkeit der SPD - in einer Gesellschaft, in der die klassische Industriearbeiterschaft abnimmt, in der Wirtschaft und Handel sich diversifizieren, in der neue Schichten und Berufsgruppen aufsteigen und breiter werden -, die *Techniker* - die technische Intelligenz, aber auch den sich herausbildenden neuen Typ des hochqualifizierten Facharbeiters - für sich zu gewinnen. Und ebenso die breiter werdende Schicht der «Disponierenden»: also nicht nur die Selbständigen in Handwerk, Handel und Kleinunternehmen, sondern auch die Angestellten bis hin in den Bereich des mittleren und höheren Managements. Denn nicht nur die Arbeiterklasse wird zahlenmässig kleiner - auch das «klassische» Bürgertum und Kleinbürgertum; zugunsten eben dieser neuen Schichten. Ein Kohl kann diese Gruppen nicht auf Dauer für sich gewinnen - bei Späth wäre ich nicht ganz sicher; und darauf zu warten, wäre für die SPD fatal. Zumindest die Aufgeschlosseneren und Nachdenklicheren unter ihnen werden sich einer überzeugt vorgetragenen Politik der ökologischen Modernisierung nicht verschliessen, genausowenig wie unserer Friedenspolitik und einer voranzutreibenden neuen Ostpolitik. - Diese *soziale Koalition* ist mir im Augenblick wichtiger als die 17. Auflage der grün-roten Spekulation.